

Merkblatt des Abfallwirtschaftsbetriebes IIm-Kreis (AIK) zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen und
Informationspflicht nach Art. 14 DS-GVO - keine Direkterhebung beim Betroffenen)

Stand 19.06.2018

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO, Art. 14 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO)

Verantwortlicher:

Landratsamt IIm-Kreis
Landrätin
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt

Kontakt:

Telefon: 03628 738-100
E-Mail: blr@ilm-kreis.de

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Abfallwirtschaftsbetrieb IIm-Kreis
Betriebsleiter
Schönbrunnstraße 8
99310 Arnstadt

Kontakt:

Telefon: 03628 738-921
E-Mail: aik@ilm-kreis.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO, Art. 14 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO)

Postanschrift:

Landratsamt IIm-Kreis
Datenschutzbeauftragter
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt

Kontakt:

Telefon: 03628 738-117
E-Mail: datenschutz@ilm-kreis.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 1. Halbsatz DS-GVO, Art. 14 Abs. 1 Buchst. c 1. Halbsatz DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den Abfallwirtschaftsbetrieb IIm-Kreis erfolgt insbesondere zur Erfüllung der Zuständigkeit des IIm-Kreises als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im öffentlichen Interesse. Damit in Verbindung steht die Durchsetzung eines Anschluss- und Überlassungszwanges an die öffentliche Abfallentsorgungseinrichtung des IIm-Kreises für Besitzer und Erzeuger von Abfällen aus privaten Haushalten und für Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen. Für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung Abfallwirtschaft werden Gebühren auf der Grundlage der jeweils gültigen Gebührensatzung und einer zugehörigen Gebührenkalkulation erhoben.

Die Datenverarbeitung dient darüber hinaus im Verwaltungsrecht grundsätzlich dem vom Antragsteller verfolgten Zweck.

Bei der Erhebung von Bankdaten (SEPA-Verfahren) ist der Zweck der Datenverarbeitung eine Verwaltungsvereinfachung für die Beteiligten. Sie erfolgt widerruflich und auf freiwilliger Basis mit Zustimmung der Kontoinhaber.

Im Rahmen der Datenverarbeitung erfolgt die Führung eigener Statistiken sowie die Zuarbeit von statistischen Erhebungen an Behörden des Landes und des Bundes. Datenverarbeitung erfolgt weiterhin im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit z.B. in Form der Herausgabe amtlicher Bekanntmachungen, eigener Publikationen sowie der Betreuung des Internetauftrittes und einer mobilen App. Datenverarbeitung erfolgt auch im Rahmen des Sitzungsdienstes kommunaler Gremien (Betriebsausschuss AIK).

Im Zuge der eigenen Personalverwaltung erfolgt das Führen von Akten im Rahmen von Ausschreibungen (Personalauswahlverfahren), Personalakten, Familienkasse, Urlaubsübersichten, Zeiterfassungen, Reisekostenabrechnungen, arbeitsmedizinischen Untersuchungen u.ä..

Im Zuge der Mitwirkung des Betriebes bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Ordnungsrecht, Abfallrecht, Bodenschutzrecht) kann die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgen.

In den übrigen Rechtsgebieten (z.B. öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Vertragsangelegenheiten, Betrieb gewerblicher Art) werden die Daten zur Anbahnung oder aufgrund von Verträgen erhoben.

In einigen Fällen werden Kontaktlisten/E-Mail-Verteiler geführt, die auf rein freiwilligen Angaben beruhen und die der besseren Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen und Einzelpersonen dienen.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 2. Halbsatz DS-GVO, Art. 14 Abs. 1 Buchst. c 2. Halbsatz DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und beim Vollzug von Landesrecht, in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG).

Neben den datenschutzspezifischen Rechtsgrundlagen setzt der Abfallwirtschaftsbetrieb insbesondere das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), die Bundesabgabenordnung (BAO), das Thüringer Abfallwirtschaftsgesetz (ThürAbfG) und das Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) sowie darauf beruhende Verordnungen in ihrer jeweils gültigen Form um. Weitere Rechtsgrundlagen ergeben sich aus dem abfallwirtschaftlichen Satzungsrecht des IIm-Kreises, dem allgemeinen Ordnungsrecht und melderechtlichen Vorschriften.

Bei Verträgen erfolgt das Erheben und Verarbeiten von Daten im gegenseitigen Einverständnis.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO, Art. 14 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO)

Kategorien Ihrer personenbezogenen Daten nach Art. 14 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO sind hinsichtlich der Grundstückseigentümer: Name, Anschrift, Geschlecht und Personenzahl.

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen (Abfallwirtschaftsbetrieb, Landratsamt)

→ Fachabteilungen und Anlagen des Abfallwirtschaftsbetriebes sowie Ämter des Landratsamtes bzw. Mitarbeiter der v.g. Dienststellen, soweit das die Bearbeitung des Anliegens erfordert oder gesetzlich vorgeschrieben ist

Auftragsverarbeiter

- Rechenzentren des Bundes oder des Freistaats Thüringen oder des Landesverwaltungsamts, soweit es sich um zentral betriebene EDV-Anwendungen handelt,
- Softwareanbieter zur Umsetzung der Finanzbuchhaltung und des Bankverkehrs, des Gebührenveranlagungsprogrammes sowie des Identifierfassungssystems, soweit zum Systembetrieb erforderlich auf der Grundlage einer gesonderten Vereinbarung,
- im Ausnahmefall Softwareanbieter, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass im Rahmen der Wartung und Pflege der EDV-Anwendungen der Hersteller des Verfahrens mit personenbezogenen Daten in Kontakt kommt

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen)

- vor allem andere Behörden, die im Rahmen des Verwaltungsverfahrens zu beteiligen oder aufgrund rechtlicher Verpflichtung zu informieren sind (z.B. Meldebehörden der Städte und Gemeinden zum Datenabgleich von Meldedaten der Grundstückseigentümer)
- andere Dritte (beauftragte Entsorgungsfachbetriebe, Zweckverband Restabfallbehandlung Mittelthüringen), die aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder aufgrund der Mitwirkung bei dem Satzungsvollzug und von Entsorgungsaufträgen im Einzelfall zu beteiligen sind

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. f DS-GVO, Art. 14 Abs. 1 Buchst. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO, Art. 14 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO)

Die Dauer der Datenspeicherung richtet sich nach der die Datenerhebung begründenden Rechtsgrundlage und kann kurzfristig (bei einfachen Informationen) bis dauernd sein. Unterlagen, die eine Zahlung begründen, werden mindestens sechs Jahre aufbewahrt, die zugehörigen Buchungen zehn Jahre. Vorgänge im Verwaltungsverfahren werden nach Abschluss des Verfahrens in der Regel noch zehn Jahre aufbewahrt.

In Vertragsangelegenheiten gelten individuelle oder gesetzliche Löschfristen. Zum Beispiel werden Bewerbungsunterlagen nach Stellenausschreibungen nach Abschluss des Auswahlverfahrens gelöscht bzw. vernichtet, in Ausnahmefällen ggf. nach Ablauf der Probezeit des eingestellten Bewerbers.

Die Daten aus Kontaktlisten/E-Mail-Verteilern werden nach Ende der Zusammenarbeit bzw. auch immer auf Wunsch des Betroffenen gelöscht.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 Buchst. b DS-GVO, Art. 14 Abs. 2 Buchst. c DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DS-GVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 Buchst. c DS-GVO, Art. 14 Abs. 2 Buchst. d DS-GVO)

Wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO) beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 Buchst. d DS-GVO, Art. 13 Abs. 2 Buchst. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 Buchst. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten kann

- gesetzlich vorgeschrieben (insbesondere im Rahmen Satzungsvollzug öffentliche Abfallwirtschaft),
- vertraglich vereinbart oder
- für einen Vertragsabschluss erforderlich sein.

Deshalb können Sie - je nach Sachverhalt - verpflichtet sein, personenbezogene Daten bereitzustellen. Wenn Sie **trotz Verpflichtung** die personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann Ihr Anliegen nicht bearbeitet werden.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 Buchst. f DS-GVO, Art. 14 Abs. 2 Buchst. g DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt **nicht** mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO:

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO, Art. 14 Abs. 4 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.